

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

1.4.1925 (No. 77)

Deutscher Reichstag

BRW. Berlin, 31. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über

Änderungen in der Unfallversicherung

Staatssekretär Weib führt aus, es handle sich in der Hauptsache um einen Ausbau der Leistungen. Besonders die Sachleistungen werden in den Vordergrund gestellt. Der Unfallversicherung wird verstärkt die Berufsfürsorge ausgedehnt und die Wiederbeschäftigung von Verletzten in die Wege geleitet. Auch vorübergehende Maßnahmen werden getroffen. Der Entwurf beseitigt das Zulagewesen und stellt die alten Renten in Reichsmark um.

Abg. Janschel (Soz.) will den Arbeitern den vollen Schaden durch die Renten ersetzen. Der Entwurf bietet zwar einige Verbesserungen, diese seien aber erkauft dadurch, daß die Unfallschäden bis 20 Prozent überhaupt nicht entschädigt werden sollen.

Abg. Andree (Zent.): Durch die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung ist doch ein erheblicher Fortschritt erzielt worden. Der Redner wünscht die Einbeziehung der sogenannten beschwerdefreien Berufe in die Unfallversicherung.

Abg. Dr. Moltenbauer (D. Sp.) begrüßt den Entwurf. Es werde vor allem auf die Einseitigkeit des Heilverfahrens Wert gelegt. Die Berufsfürsorge dürfe nicht auf die Schwerverletzten beschränkt werden.

Abg. Hädel (Komm.) lehnt die Vorlage ab.
Abg. Biegler (Dem.) begrüßt besonders die neuen Vorschriften der Unfallversicherung. Wesentlich sei die Differenzierung des Jahresarbeitsdienstes.

Die Vorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Anträge

In allen drei Lesungen angenommen wird ein von dem Abgeordneten Dr. Beder-Ossen (D. Sp.) und Lejonne-Jung (Dt. Nat.) eingebrachter Gesetzentwurf, wonach die Vorschriften des Kapitalfluchtgesetzes und des Weisheitsgesetzes bis zur Neuregelung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung, spätestens bis zum 30. Juni 1925 in Kraft bleiben. Anträge aller Parteien, die die Steuerung der Rot der Stellunglosen Jugendlehrer und Junglehrerinnen betreffen, werden ohne Aussprache an den Bildungsausschuss überwiesen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird das Handelsabkommen mit Guatemala. Der Gesetzentwurf für Änderung des Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armutssachen wird zur nochmaligen Beratung an den Rechtsausschuss zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend den

Grundschulgesetz.

Das Haus wiederholt zunächst die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss, bei der beinahe in der letzten Sitzung Beschlusunfähigkeit sich ergeben hatte. Der Antrag wird abgelehnt. Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen.

Mittwoch zwei Uhr: Grundschulgesetz, Weisheitsgesetz, kleine Vorlagen. Schluß 6,10 Uhr.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu einer Sitzung am Donnerstag vormittag 10 Uhr einberufen worden.

Der Reichstagsausschuss für die Kreditkredite wird am Donnerstag zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Vorkommnisse Ausschuss des Reichstages nimmt seine Sitzungen erst nach Ostern wieder auf und zwar am 15. April. Der Vorkommnisse Ausschuss des preussischen Landtages und der preussische Untersuchungsausschuss für die Angelegenheit der Landesparlamentarierwahl werden gleichfalls erst nach den Osterferien sich wieder versammeln.

Politische Neuigkeiten

Stresemann über die Außenpolitik

Im Rahmen einer Diskussionsfeier der Deutschen Volkspartei in Chemnitz hielt Außenminister Dr. Stresemann eine Ansprache. Nach eingehender Würdigung der Persönlichkeit Bismarcks ging Dr. Stresemann kurz auf die Außenpolitische Lage ein. Nachdem durch das Dawesgutachten die Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems geschaffen und eine gewisse Entspannung zweifellos zu erkennen gewesen sei, habe die Nichträumung der Weimer Zone, die mit unseren angeblichen Verfehlungen in der Frage der Militärkontrolle begründet wurden, das Investitionsprotokoll u. das angeforderte Dreimächtebündnis gegen Deutschland eine schwierige Situation herbeigeführt. Durch Deutschlands Vorschläge zum Sicherheitsproblem sei die Lage heute zweifellos als etwas entspannt anzusehen. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die bedeutenden Äußerungen hin, mit denen der englische Außenminister in der letzten Sitzung des Unterhauses die Idee eines Militärbündnisses gegen Deutschland abgelehnt habe und dem deutschen Standpunkt bezüglich einer auf friedlichem Wege zu erstrebenden Revision der Oligarchen volle Würdigung zu beschieden werden lassen. Gegner der deutschen Anregung sei vor allen Dingen die französische Reichspresse, die wohl erkenne, daß eine dauernde Sicherung des deutschen Abenteuers den wesentlichen Kernpunkt der deutschen Initiative ausmache. Der Minister erklärte, daß er sich versagen müsse, auf Einzelheiten der angebotenen Fragen einzugehen. Die Außenpolitik, die Deutschland zu führen habe, werde in der nächsten Zeit eine unpopuläre sein und starke Anforderungen an das Ertragen der Zeitgenossen stellen. Aber die Zukunft werde Menschen und Parteien nicht beurteilen noch ausgesprochen unerfüllbaren Hoffnungen, sondern nach dem Ergebnis positiver geleisteter Arbeit, die uns, wenn auch auf freiem Wege, der Konsolidierung der Verhältnisse näher bringen werde.

Die Lage der Reichspost

Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte am Dienstag die Etatsberatungen beim Etat für das Reichspostministerium fort. — Reichspostminister Stinag gab einen allgemeinen Überblick über die Lage der deutschen Reichspost. Der Briefverkehr hat im ganzen den Stand von 1918 noch nicht wieder voll erreicht. Dagegen bewegt sich der Paketverkehr wieder auf der Höhe der Vorkriegszeit. Postbedarfsverkehr, Fernsprechverkehr und Funkverkehr befinden sich in erfreulicher Entwicklung. Bei der Telegraphie machen sich leider Verkehrsstörungen bemerkbar. Auch technische Fortschritte sind überall festzustellen. Es ist weiter gelungen, den Verkehr mit den fremden Ländern allmählich in Gang zu bringen. Deutschlands Weltstellung im internationalen Nachrichtenverkehr wird vom Auslande in jeder Weise anerkannt.

Der Minister kam dann auf die Kreditgeschäfte der Post zu sprechen. Die Untersuchung sei noch in vollem Gange. Im diese Untersuchung nicht zu stören, müsse er es sich versagen, auf Einzelheiten einzugehen. Bei der Anlage und Verwendung der Postgelder sehen wir jetzt in weitgehendem Maße die Mitwirkung des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank vor. Die Organisation und allgemeine Finanzpolitik der Reichspost sind einwandfrei. Der Vorschlag für

1924 sieht einen Meberschuss von 20 Millionen vor; er wird wahrscheinlich noch etwas überschritten werden. 1925 ist die Finanzlage der Post etwas gespannter. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Auswirkung der in den letzten Monaten vorgenommenen Gebührenermäßigung ufm. noch nicht übersehen läßt. Wir können aber der finanziellen Entwicklung der Post für 1925 mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. Die Rechnung und Durchführung wird vom 1. April an auf lauffähigste wirtschaftliche Formen umgestellt. Die Reichspost betrachtet es als eine nationale Pflicht, das Reich möglichst bald in den Genuß von Postersparnissen zu setzen. Die Post ist aber kein reines Finanzinstitut; sie ist eine Kulturanstalt ersten Ranges, die volkswirtschaftliche Aufgaben im eminentesten Sinne des Wortes zu erfüllen hat.

In der Debatte wurde eine Reihe von Wünschen vorgebracht. U. a. wandte man sich gegen die Abschaffung der Sonntagsbestellung und verlangte eine Reform der Fernsprecharte.

Im Aufwertungsausschuss des Reichstages

Stelle der Abg. Kell entsprechend den Anträgen seiner Partei eine Entschließung zur Abstimmung, in der verlangt wird, daß „zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch den die Vermögen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben, einer Sondersteuer unterworfen werden sollen“. In der darauf folgenden Diskussion trat zugleich, daß alle Parteien in der Sache durchaus auf dem Boden der Entschließung stehen. Im Hinblick darauf, daß auch jetzt wieder die Regierungsvertreter betonten, es könnten solche Gesetzentwürfe nicht vollkommen losgelöst von der Beratung der in dem Steueraussschuss zu behandelnden Vorlagen im Aufwertungsausschuss behandelt werden, wurde beschlossen, die Abstimmung über diese Entschließung bis Freitag zu vertagen, damit bis dahin mit den Fraktionen bezim. mit dem Steueraussschuss eine Fühlungnahme stattfinden kann.

Das neue Deutschland-Amerika-Kabel

Die seit langem geführten Verhandlungen um die Wiederherstellung des Kabelan schlusses Deutschlands an das internationale Kabelnetz sind nunmehr abgeschlossen. In den Verhandlungen waren das Reichspostministerium, die Direktion der Distanzgesellschaft, die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft, das Bankhaus A. R. Warburg u. Co.-Hamburg, sowie die beiden größten amerikanischen Telegraphengesellschaften, Western Union und Commercial Cable Company, beteiligt. Es ist ein Vertrag unterzeichnet worden, durch den ein von Embden nach den Azoren zu legendes Kabel den gesamten nach Deutschland gehenden und von Deutschland kommenden Verkehr der beiden genannten amerikanischen Gesellschaften überwiehen erhält. Der Bau des Kabels von Embden über die Azoren wird voraussichtlich 18 bis 21 Monate in Anspruch nehmen. Es wird nach den neuesten technischen Erfahrungen hergestellt und imstande sein, 60 000 Wörter in der Minute zu befördern.

Herriot über elsah-lothringische Fragen

Zu Beginn der Debatte in der Diensttagssitzung der französischen Kammer über die Verwaltungsreformen in Elsaß-Lothringen ergriff Herriot zur Verteidigung seines Gesetzentwurfes das Wort. Er erklärte, daß die Angriffe gegen ihn, die hauptsächlich von elsah-lothringischen Abgeordneten kämen, ihn in seiner Politik nicht beirren würden. Die elsah-lothringische Frage sei keine politische Frage. Es sei ein Unrecht, zu erklären, daß an dem Tage, an dem das Kartell der Linken zur Herrschaft gelangt sei, die Erörterung über die Laizität der Schule eröffnet werden sei. Herriot erklärte, daß vor seiner Regierung das Problem des obligatorischen Religionsunterrichts behandelt wurde. Mit Bezug auf die lokalen Kämpfe um die Frage der Religionschule erklärte Herriot, daß der Ausnahmezustand für Elsaß-Lothringen beseitigt werden müsse. In der Frage des konsultativen Rates für Elsaß-Lothringen sei es ganz selbstverständlich, daß er durch eine Vertretung von elsah-lothringischen Parlamentariern und Vertretern von lokalen Interessen, die die Regierung ernenne, ersetzt werde. Was das Konordat betreffe, so beuge er sich dem Urteil des Staatsrates, der es als für Elsaß-Lothringen gültig erklärt habe. Hinsichtlich des Schulstreits müsse er daran erinnern, daß die Regierung die Pflicht habe, darüber zu wachen, daß die Schulpflicht befolgt werde. Die interkonfessionelle Schule verstohe nicht gegen das Gesetz; sie funktioniere in vielen Städten des Landes seit Jahren. Er habe lediglich in zwei neuen Fällen Bestimmungen getroffen.

Die Militärreform in Frankreich

Ministerpräsident Herriot hat am Samstag Marschall Petain und den Generalsekretär des Obersten Rates der Nationalen Verteidigung, General Serrigny, empfangen. Es handelt sich hier um die von General Nollet angeforderte Reform des Militärs, mit der sich am heutigen Montag der französische Oberste Kriegsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zu beschäftigen haben wird. — Der „Temps“ schreibt hierzu: Nach gewissen Gerüchten, denen man glauben schenken dürfe, habe die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Obersten Kriegsrates ausdrückliche Vorbehalte zum Plan des Generals Nollet vorgebracht. Nicht ein einziger General des Obersten Kriegsrates habe die Grundlage des Gesetzentwurfes gebilligt. Das Blatt will dieses Gerücht nicht ausdrücklich bestätigen, will aber in der Lage sein, mitteilen zu können, daß der Kriegsminister dem Urteil der Mitglieder des Obersten Kriegsrates nur Organisationsfragen unterbreitet habe, nicht aber den grundlegenden Gedanken der Reform, nämlich die Herabsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr, da diese Reform a priori als unantastbar erklärt wurde.

Bayerische Kommunisten vor dem Reichsgericht. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu Leipzig begann am Dienstag ein größerer Hochverratsprozeß, der die kommunistische Bewegung in Bayern zum Gegenstand hat. Angeklagt sind: der Gewerkschaftsangehörige Heinrich Farwig aus Berlin und der Eisenbahnpostler Johann Schröder mit 7 Genossen aus Nürnberg, Regensburg und Würzburg und Umgebung. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, im Oktober 1923 bei einer Zusammenkunft in Nürnberg Gewaltmaßnahmen beraten zu haben, um die damals im Gang befindliche Reichsregulativ gegen Sachsen lahmzulegen.

Die Grenze in Mesopotamien. Der Londoner „Daily Mail“ zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß die Türkei England eine Vereinbarung bezüglich der Frage der Grenzlinien zwischen Mesopotamien und der Türkei im Gebiete von Mosul vorgezogen hat. Danach würde die Türkei die Zumeistung von Mosul und eines Teiles der Provinz Südkurdistan beanspruchen und dafür die Erklärung abgeben, sie werde auf kein weiteres südlich gelegenes Gebiet Anspruch erheben, in welchem die Bevölkerung zum größten Teil arabisch sei. Die Türkei verspreche, eine solche Grenzlinie für unbegrenzte Zeit zu garantieren.

Der Prozeß Saboul. Vor dem Kriegsgericht in Orleans begann am Dienstag der Prozeß gegen den zur kommunistischen Partei übergetretenen französischen Hauptmann Saboul. Saboul wurde am 8. November 1919 vom Kriegsgericht in Paris wegen Einverständnisses mit dem Feinde und Desertion ins Ausland in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Da Saboul Ende 1924 plötzlich von Rußland nach Paris zurückkehrte, mußte sein Prozeß nochmals zur Verhandlung gelangen. Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende des Kriegsgerichts bekannt, daß nur die Anklage der Desertion aufrecht erhalten werden könne. Als Zeugen sind von der Verteidigung eine Reihe namhafter Politiker geladen, u. a. Caillaux, Malin, Paul Boncour, Marcel Cachin, Marty und Ernest Vandervelde. Der Sowjetbotschafter Malowski versprach, nach Orleans zu kommen. Auch der frühere Votschafter in Petersburg, Moulens, ist geladen.

Kurze Nachrichten

Die Donauversicherung. Im Wirtschaftsausschuss des Württembergischen Landtages ließ die württembergische Regierung zur Frage der Donauversicherung erklären, daß sie beabsichtige, zwecks Klärung der strittigen Punkte den Staatsgerichtshof anzurufen.

Der Nachfolger Leinerts. Das Bürgerversteherkollegium in Hannover wählte den bisherigen Bürgerversteherverwalter Senator Dr. Menge (Ordnungsblock) im zweiten Wahlgang zum Oberbürgermeister.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes. Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat den Regierungen von Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien das Ausführungsreglement in der militärischen Nachforschungsfrage übermittelt und mitgeteilt, daß der französische General Desider für Deutschland, der italienische General Marzetti für Österreich, der schwedische Referatgeneral Junajch für Bulgarien und der britische Generalmajor Birke für Ungarn als Präsident der betreffenden Militärkontrollkommission präferieren werden.

Die Finanzgebarung Englands. „Morning Post“ bezeichnet Meldungen des Londoner Schatzamtes über die Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Finanzjahr trotz des geringen Überschusses von etwas über 3½ Millionen Pfund Sterling als befriedigend, glaubt aber, daß Churchill Mühe haben werde, ein gesundes Budget aufzustellen, wenn auf der Verabsetzung der Einkommensteuer um 6 Pence bestanden werde.

Badischer Teil

Das Beileid der badischen Regierung zum Unglück von Veltheim

In Vertretung des Staatspräsidenten hat Innenminister Kemmel an den Reichswehrminister aus Anlaß des Unfalls bei der Reichswehrübung auf der Weser, folgendes Telegramm gerichtet:

„Die badische Regierung nimmt herzlichen Anteil an dem die Reichswehr betroffenen Unglück und beauftragt aufrichtig die Vernichtung so vieler blühender Menschenleben.“

Badischer Landtag

Kommunistische Kämpfungen

DZ. Karlsruhe, 1. April 1925.
Nach Bekanntgabe der neuen Eingänge gedenkt Präsident Dr. Baumgartner

der bei Wunden verunglückten Reichswehrlente. (Die Abgeordneten hatten sich von den Sätzen erhoben).
Nunmehr nimmt Abg. Ritter (Komm.) zu einer Erklärung das Wort, die eine Kritik der Verhältnisse in der Reichswehr darstellt.

Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß er in dieser Weise nicht fortfahren könne, es sei denn, daß die Angelegenheit zum Gegenstand einer Interpellation gemacht wird.

Abg. Ritter: Wir haben das Recht, die Dinge zur Sprache zu bringen.
Präsident: Dieses Recht haben Sie nicht und ich frage das Haus, ob der Abg. Ritter weiter reden darf.
(Stürmische Rufe: Nein, nein!)

Der Präsident stellt die ablehnende Haltung des Hauses fest, worauf von kommunistischer Seite der Ruf ertönt: Vergewaltigung! Abg. Duffner (Zit): Schänden Sie das Andenken der Toten nicht!

Abg. Bod (Komm.) erhebt lebhaften Protest gegen die Behandlung, die seiner Gruppe zuteil geworden sei! Als er dann die Sozialdemokraten angeht, kommt es

zu erregten Szenen.
Der Abg. Bod gebraucht Ausdrücke wie „Gemeinheit“.

Der Präsident sucht sich in dem entstehenden Lärm durch fortwährendes Räuten mit der großen Glocke Geltung zu verschaffen und ruft den Abg. Bod zur Ordnung.

Der Abg. Walter-Heidelberg (Soz.) schlägt mit der Faust auf den Tisch und ruft: „Sollen wir uns das länger gefallen lassen. Wir sind doch in keiner Lausbubenpsephenschaft! Das ist Lausbubenerei!“ (Erregter Widerspruch der Kommunisten).

Der Abg. Bod bringt dann die Diätenangelegenheit zur Sprache und gebraucht gegenüber dem Abg. Marum, der mit Bezug auf seine, Bod's Person, unrichtige Angaben gemacht habe; das Schimpfwort „Gemeiner Lump!“ (Erneute große Unruhe im ganzen Hause).

Der Präsident läutet mit der großen Glocke und erteilt dem Abg. Bod einen weiteren Ordnungsruf. Der sozialdem. Abg. Dr. Engler stellt sich drohend vor die Kommunisten, deren Verhalten bei der Landtagsmehrheit größten Unwillen und Ruhe „Anrecht“ auslöst.

Der Lärm wird so groß, daß der Präsident die Sitzung unterbricht.

Unterbreifen tritt der Geschäftsordnungsausschuss zur Beratung von Anträgen auf

Abänderung der Geschäftsordnung
zusammen.
Nach einer Pause von fast 2 Stunden wird die Plenarsitzung wieder aufgenommen.

Der Präsident gibt die getroffenen Änderungen bekannt, über welche Abg. Dr. Glöckner (Dem.) Bericht erstattet.

Darnach kann der Präsident einem Redner nach dreimaligem Ordnungsruf das Wort entziehen und einen Abgeordneten wegen grolllicher Verletzung der Hausordnung von der Sitzung ausschließen. Kommt der Abgeordnete dieser Aufforderung nicht nach, so erfolgt der Ausschluß für diesen Sitzungstag und für 14 Kalendertage. Weigert sich der betreffende Abgeordnete wiederholt, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, so tritt ein Ausschluß für 42 Kalendertage ein, an denen Sitzungen stattfinden. Zu verlesende Erklärung

gen müssen dem Präsidenten vorher schriftlich mitgeteilt werden. Bei Störungen kann der Präsident die Sitzung aussetzen oder aufheben. Der Ausschuss beantragt, diesen Änderungen der Geschäftsordnung zuzustimmen, ebenso einem Initiativgesetzentwurf, der ausgeschlossenen Abgeordneten die Diäten und die freie Fahrt entzieht.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Bod (Komm.) stimmt das Haus mit 68 gegen 4 kommunistische Stimmen der abgeänderten Geschäftsordnung zu, wie auch dem Initiativgesetzentwurf, diesem in beiden Lesungen. Die Beschlüsse treten sofort in Kraft.

Abg. Maier-Heidelberg verliest eine

Erklärung seiner Fraktion

folgenden Inhalts: Wir lehnen es nach dem Verhalten des Abg. Bod ab, mit ihm in eine sachliche Auseinandersetzung einzutreten. Wir haben aber die Erklärungen des Abg. Marum in den Sitzungen vom 18. Dezember 1924 und 21. Januar 1925 nochmals durchgesehen und stellen vor dem Lande fest, daß nicht die mindeste Veranlassung besteht, von diesen Ausführungen des Abg. Marum auch nur ein Wort zurückzunehmen.

Abg. Nitter (Komm.) ruft: „Lernpartei“, was der Präsident rügt und den Abg. Dr. Engler zu heftigem Widerspruch veranlaßt. (Lade des Präsidenten).

Gegen halb 2 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung nachmittags 4 Uhr.

Die Junglehrernot

Im Haushaltsauschuß wurde am Dienstag darüber beraten. Der „Vab. Beobachter“ berichtet: Berichterstatter über die Eingänge der beiden Lehrervereine und über den ungedruckten Antrag Nittel, sowie über eine förmliche Anfrage Hofheinz, alles sich auf die Anstellungsverhältnisse und Verwendungsmöglichkeiten der Schullehrer bezieht, war Abg. Glöckner.

Gleich zu Beginn der Sitzung erbat die Regierung das Wort, um einen Überblick über den Stand der Sache zu geben und um nochmals die Maßregeln zusammenzufassen, die die Regierung getroffen hatte, um der Not zu steuern, soweit solche Dinge, die den Ausfluß einer tiefgehenden allgemeinen Notlage darstellen, überhaupt durch Verordnung abgeklärt werden können. Von den 807 Schullehrerstellen haben 767 auf eine Anfrage der Regierung geantwortet. Davon sind 114 in weiterer Ausbildung begriffen, 87 sind bei Behörden angestellt, 31 haben, einseitig von ihrer Verwendung abgesehen, 210 sind noch ohne Beschäftigung und zwar 180 Kandidaten und 80 Kandidatinnen.

Das Unterrichtsministerium ist wegen Verwendung der zurzeit noch stehenden Junglehrer an die städtischen Arbeitsämter an das statistische Landesamt usw. herangetreten und zwar mit einem Erfolg. Ferner hat das Ministerium die Verordnung vom 7. Februar erlassen, die den Kandidaten das Hospitieren an den Schulen erlaubt und ihnen verschiedene Vergünstigungen gewährt, allerdings ohne wirtschaftliche Beihilfen. Ferner hat die Änderung des Schulgesetzes, die der Landtag vor nicht langer Zeit beschloß, und die Bestimmung, daß zur Berechnung der erforderlichen Lehrstellen die Durchschnittszahl der Jahre 22, 23 und 24 zugrunde gelegt wird, allgemein wirkende günstigere Anstellungs- bzw. Verwendungsmöglichkeiten der Lehrer an Volksschulen gewährleistet.

Dann berichtet der Berichterstatter zunächst über die Eingänge des Vab. Lehrervereins, der seine Anträge besonders auch damit begründet, daß es in der Praxis dem jungen Lehrer wegen seiner einseitigen, allzu früh von jedem andern Bildungsweg abweichenden Berufsausbildung recht schwer sei, eine geeignete Anstellung im privaten Wirtschaftsleben zu finden. Die Eingabe verlangt wirtschaftliche Unterstützung für die hospitierende Tätigkeit, Hospitierung und Sicherung der Anstellung, endlich Änderung des § 26 des Schulgesetzes (Schülerzahl).

Der Rat, Lehrerverein bittet ebenfalls um Änderung des § 26 und im Falle der Unmöglichkeit dieses Weges macht er verschiedene Vorschläge über die Verwendungsmöglichkeiten innerhalb des Schuldienstes und der Schulverwaltung; ferner schlägt der Rat, Lehrerverein die Einrichtung von salutarischen handwerklichen Kursen für die stehenden Kandidaten vor. Der Regierungsvorredner äußerte sich zu den Anträgen dahingehend, daß die evangelische Kirche etwa 25 ältere Lehrer(innen) für die Erteilung des Religionsunterrichts an Gewerbe- und Handelsschulen brauche; allerdings könne die augenblickliche Not nur durch eine Änderung des § 26 durchaus behoben werden, was aber zurzeit nicht möglich sei. Ein Hospitierungsweg sei nicht annehmbar, ebensowenig könne eine endgültige Sicherung für spätere Anstellung gegeben werden. Am praktischen Ende müßte festgehalten werden. Die Reihenfolge der Anstellungen erfolge nach den betreffenden Jahrgängen, wobei aber soziale Rücksichten genommen werden sollten.

Die Redner der Fraktionen erkannten durchweg die schlimme Lage der Kandidaten und anerkannten auch den neben aller Not hervortretenden Zug des Idealismus der in der Karlsruher Versammlung der Junglehrer auch zutage trat. Von einem Redner des Zentrums wurde nachträglich gerügt, daß bei der Versammlung der Junglehrer in Konstanz von einem Vertreter des Vab. Lehrervereins eine einseitige Polemik oder Kritik gegen das Zentrum und seinen Führer getrieben worden sei; das Zentrum habe ja nicht die absolute Mehrheit und gerade die Ablehnung des Zwanges einer akad. Bildung für den Lehrer liegt ja eigentlich zurzeit eher im Interesse der Junglehrerschaft.

Ein demokratischer Redner beklagte sich über die Aufführung eines Kurzes am Seidenberger Lehrerseminar zur Aufrechterhaltung der Volkshochschule des Lehrerkollegiums. Der Redner meinte dann, was vom Minister unterschrieben wurde, daß der badische Staat in seinem Volksschulwesen zurückgehe gegenüber anderen Staaten, z. B. Hamburg und Sachsen, wo sogar der Finanzminister für die Belange der Schule energisch einträte. Breußen habe 1,6 Millionen für besondere Bedürfnisse ausgegeben. Er forderte dann die Änderung von § 26 und eine halbe Million als Beihilfen für die Junglehrer; einen diesbezüglichen Antrag stellte die demokratische Fraktion nicht.

Eine Vertreterin des Zentrums beantragte, daß die Vergünstigungen des Abs. 4 der Verordnung vom 5. Februar auch auf die Kandidaten ausgedehnt werde, die an anerkannten Privatschulen hospitieren. Ferner kündigte das Zentrum einen Antrag an, der das Ministerium ermächtigt, die jeweils im laufenden Schuljahr voraussichtlich zur Anstellung gelangenden Junglehrer zum Hospitieren einzuberufen und den Landtag dafür zu bestimmen, eine entsprechende Summe zu bewilligen, die den Einberufenen eine wirtschaftliche Beihilfe gewährt. Diese Maßnahme würde vor allen Dingen der Schule zugute kommen, da ein junger Lehrer, der aus einem ganz anderen Berufsleben plötzlich verantwortlich vor eine Klasse gestellt wird, ohne diese Vorzüge jeglicher Einführung zum Schaden der Schüler entscherte. Die Regierung habe nur die Vorbildung des Lehrers im Interesse der Sparsamkeit besonders geregelt; daraus folge eine gewisse Verzögerungspflicht.

Der Gedanke dieses Antrags wurde auch vom Führer der demokratischen Fraktion angenommen, da ihm der sozialdemokratische Antrag, der allgemein Beihilfen für die Kandidaten fordert, zu weitgehend und unbestimmt erschien. Das Zentrum beilegt sich die Einreichung seines Antrags nach vor. Zu § 26

erklärte ein Zentrumsredner, daß es nicht notwendig sei, zu einer formellen Gesetzesänderung (§ 26) zu schreiten, da man doch gesonnen sei, bei der Berechnung der Schülerzahlen ausgleichend zu verfahren. Dem Wunsch eines demokratischen Redners gegenüber, daß die Besetzung der Stellen, um Ungleichheiten zu meiden, nicht nach Maßgabe des § 24 geschehen solle, im Falle der Religionsunterrichts doch gesichert sei, entgegnete eine Vertreterin des Zentrums, daß die Schule Erziehungsschule sei und daß auch dem Sinn des Simultangebietes nicht entsprochen sei, wenn nur auf den Religionsunterricht allein Rücksicht genommen würde. Dasselbe gelte bei der Fortbildungsschule, z. B. beim lebenskundlichen Unterricht. Wenn dort eine größere Zahl katholischer Lehrkräfte verwendet sei, so täme das davon her, daß sich eben mehr katholische Lehrkräfte zur Übernahme des Fortbildungsschulunterrichts gemeldet hätten.

Die endgültige Stellungnahme zu den Anträgen usw. erfolgt erst in einer weiteren Sitzung.

Deutsch-französische Grenzfragen

Die endgültige Regelung gewisser seit dem Versailler Vertrag schwebender deutsch-französischer Grenzfragen bildet den Gegenstand von Verhandlungen, die seit einigen Wochen in Paris geführt werden, und die sich nunmehr, wie die „Frankf. Zeitung“ aus Paris meldet, ihrem Abschluß nähern. Es sind zwei Abkommen in Aussicht genommen.

Das erste regelt die Frage der Grenzbahnhöfe, die wiederholt zu Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat. Frankreich hat bekanntlich in Artikel 67 des Versailler Vertrages durchgesetzt, daß auf der ganzen Länge der durch den Rhein gebildeten Grenzstrecke die Grenzabfertigung im internationalen Eisenbahnverkehr auf rechtsrheinischem deutschem Gebiete zu erfolgen hat. Das gilt auch für die Kontrollen. Die Verhandlungen darüber, die insbesondere der Festlegung der Rechte und Pflichten der auf den deutschen Grenzbahnhöfen amtierenden französischen Beamten galten, sind im Geiste der Verständigung und des guten Willens geführt worden und dürften schon in den nächsten Tagen zu einer definitiven Einigung führen.

Auch die Verhandlungen über gewisse aus den Artikeln 56, 66 und 74 des Vertrags entstandene Grenzschwierigkeiten lassen ein leicht befriedigendes Ergebnis erwarten. Nach Artikel 66 sind alle Behörden, die im Bereiche von Elsaß-Lothringen über den Rhein führen, in ihrer ganzen Länge in den Besitz des französischen Staates übergegangen. Es ist nunmehr eine Einigung dahin erzielt worden, daß unbeschadet dieses französischen Eigentumsrechte die Grenze für die staatlichen Kontrollstellen die Mitte der Brücken bilden soll.

Die anderen Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß in vielen Fällen die Grenzen der einzelnen Gemainschaften nicht mit den Staatsgrenzen zusammenfallen, so daß vielfach das Gemeindegrenzgebiet über die Staatsgrenzen hinausragt und umgekehrt. Der Vertrag von Versailles hatte kurzer Hand bestimmt, daß jeder jenseits des Rheines gelegene deutsche Besitz der Einsegnung verfallen solle, während der Grundbesitz elsass-lothringischer Gemeinden auf rechtsrheinischem Gebiet aufrechterhalten werden solle. Auch darüber ist es jetzt zu einer Verständigung gekommen, dahingehend, daß das deutsche Privatigentum, soweit dies noch möglich ist, wieder hergestellt werden solle und daß das auf deutschem Gebiet gelegene elsass-lothringische Gemeindegrenzgebiet seinen öffentlich-rechtlichen Charakter verlieren soll.

Für die Freiheit der Rheinschifffahrt

In Freiburg findet am 4. April, nachmittags 2 Uhr, in der Festhalle eine große öffentliche Versammlung statt, in der zu der Absicht Frankreichs, durch einen elsässischen Seitenkanal dem Rhein seine natürliche Bestimmung als Wasser- und Verkehrsstraße zu entziehen, Stellung genommen und Protest eingelegt werden soll.

Landesverband für Jucht und Prüfung des badischen Bierdes

Am gestrigen Dienstag fand in Karlsruhe eine Mitgliederversammlung des Landesverbandes für Jucht und Prüfung des badischen Bierdes unter dem Vorsitz des Präsidenten Hr. v. Holzjag-Berkeff statt, zu der auch die Regierung Vertreter entsandt hatte. Der außerordentlich starke Besuch der Versammlung bezeugte das rege Interesse, das die züchterischen Kreise allen einschlägigen Fragen entgegenbrachten. Die rege Tätigkeit des Landesverbandes im verflohenen Jahr fand allseitige Anerkennung und Beifall. Sämtliche Fragen, die im Mittelpunkt des Interesses der badischen Pferdezüchter stehen, wurden eingehend erörtert, und wenn auch hier und da einige Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Kaltblut- und Warmblutzüchtung zutage traten, so fand schließlich die eingehende Aussprache allseitige Würdigung. — Im Anschluß an die Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende, Hr. v. Holzjag-Berkeff, einen sehr interessanten Vortrag über Pferdezüchtung unter besonderer Berücksichtigung der badischen Pferdezüchtung. — Mit Hilfe instruktiver Lichtbilder führte er mit entsprechenden Erläuterungen effikasse Vertreter der Warm- und Kaltblutrasse mit ihren Abkommen vor, aber auch fehlerhafte Nachzuchten und Kreuzungen und behandelte Johann eingehend die Frage, welche Züchter sich insbesondere für das badische Land mit seinen vielfach gestörten Verhältnissen für landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke empfehlen. Dabei betonte der Redner, daß die deutsche Pferdezüchtung in den letzten Jahren nicht etwa nachgelassen habe, sondern daß seit dem Kriege, wie in anderen Ländern so auch in Deutschland auf diesem Gebiet eine vorher ungelante Regelmäßigkeit mit bedeutenden Fortschritten zu beobachten sei. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Tarifvertrag zwischen dem Deutschen Musikerverband und dem Bühnenverein

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In der von dem Herrn Reichsarbeitsminister am 25. März anberaumten Verhandlung vor dem Schlichter ist folgendes Abkommen getroffen worden:

Die vom Deutschen Musiker-Verband über sämtliche deutschen Bühnen und Bühnendienste verrichtenden Orchester ausgeübte Generalpforte und verhängten Streiks, sowie die Gegenmaßnahmen des Deutschen Bühnen-Vereins werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die aus Anlaß dieser Kampfmaßnahmen erfolgten Entlassungen oder Aussperrungen werden in folgender Weise beendet:

Die streikenden Musiker sind alsbald zu den bisherigen Bedingungen wieder einzustellen, soweit nicht Verträge mit neuangestellten Musikern dem entgegenstehen. In letzterem Falle ist der Deutsche Bühnen-Verein verpflichtet, sich dafür einzusetzen, daß die Hindernisse, welche einer Wiedereinstellung entgegenstehen, nach Möglichkeit aus dem Weg geräumt werden! Die zwischen den Parteien bestehenden Tarifverträge sollen in einer am 4. April mittags 12 Uhr, vor dem Schlichter anberaumten Verhandlung erledigt werden.

Die Straßenbahnlinie nach Knielingen ist fertiggestellt und soll alsbald nach Abnahme durch die Aufsichtsbehörde in Betrieb genommen werden.

Mannheimer Volksingakademie. Ein Konzert größeren Stils wird uns der gemischte Chor der Volksingakademie Mannheim bescheren. Der gemischte Chor setzt sich zusammen von circa 500 Damen und Herren aus Mannheim. Ihm geht ein guter Ruf voraus. Die Urteile der Kölner Presse über ein Konzert am 7. August 1924 stimmen darin überein, daß die Aufführung von Max Bruchs Oboffens und Beethoven's 9. Sinfonie eine erstklassige Leistung und ein Ereignis für Köln war. Die Kölner Theaterzeitung schreibt u. a.: Das herrliche Stimmenmaterial des Chores erwies sich als im seltenen Maße vorzüglich geschult und gleichmäßig bei brausender Kraftentfaltung oder im Ausspinnen zarter Schattierungen jedweden Ausdruck gewachsen. Die Art, wie Prof. Schattschneider temperamentovoll und überlegen Chor und Orchester führte, fand bei Presse und Publikum gleichermäßen hohe Anerkennung. Den Kartenverkauf hat die Konzertdirektion Friz Müller, Kaiser-, Ecke Waldstraße, übernommen. Landestheater. Morgen, Donnerstag, den 2. April findet eine Aufführung von Hering's „Bar und Zimmermann“ zu halben Preisen statt. Am Freitag, den 3. April wird die mit großem Beifall aufgenommene komische Oper „Maurer und Schläger“ von Huber zur Wiederholung gelangen, für Samstag, den 4. ds. Mts. ist Verdi's „Violetta“ (La Traviata) angesetzt. — Wir verweisen nochmals auf den am Freitag, den 3. April abends 8 Uhr im Saalgebäude der Techn. Hochschule (Saal 37) stattfindenden Einführungsvortrag in Goethe's „Faust II. Teil“ von Prof. Dr. Karl Voll, dem Literaturhistoriker der Karlsruher Hochschule. Karten an der Theaterkasse.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. April		31. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.24	167.66	167.41	167.83
Kopenhagen 100 Kr.	76.72	76.92	76.58	76.76
Italien . . . 100 L.	17.34	17.38	17.185	17.225
London . . . 1 Pf.	20.047	20.097	20.43	20.993
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.00	22.06	22.12	22.18
Schweiz . . . 100 Fr.	80.885	81.085	80.90	81.10
Wien 100 Schilling	59.12	59.12	59.11	59.13
Krag . . . 100 Kr.	12.435	12.475	12.498	12.478

Notierung überall 100 Prozent

Zeitschriftenschau

„Die Kunst“, Monatshefte für freie und angewandte Kunst, F. Brudmann H. G. München. Das Märzheft nimmt in seinem Textteil Stellung zu der auch uns in Karlsruhe interessierenden Frage der Verbindung von Akademie und Kunstgewerbeschule zu einer einheitlichen Einheit. Von verschiedenen Standpunkten aus betrachten die Künstler Friz Erler, Max Liebermann und Hermann Rühoff das gewichtige Thema. Theodor Fischer führt seine bedeutsamen Ausführungen über den „Stil im Städtebau“ zu Ende. Monographische Aufsätze mit zahlreichen Abbildungen behandeln die Sternberger Bilder von Julius Diez, die neuesten Gemälde des ausgezeichneten russischen Künstlers Savelj Sorin, des berühmten Malers schöner Frauen, und die Schöpfungen des belgischen Buchgestalters Hugo Steiner-Prag. Die Klafit ist durch interessante Büsten des Düsseldorfer Bildhauers Bernhard Sopher, die Architektur durch einen Aufsatz über Schmöhs Vorfig-Hochhaus in Regal, die Keramik durch eine Publikation über die vorbildlichen Erzeugnisse, besonders Tfen, der keramischen Werkstätten in Harlaching bei München vertreten. Kleinere Beiträge unterrichten über Albinmüllers Holzbauten und über Hamburger Gärten von Jakob Ochs.

Letzte Nachrichten

Der deutsch-spanische Handelsvertrag im Reichstagsauschuß abgelehnt.

BDZ. Berlin, 1. April. (Tel.) Der deutsch-spanische Handelsvertrag wurde heute im Reichstagsauschuß mit 17 gegen 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Angenommen wurde eine Entschließung auf Einleitung neuer Verhandlungen. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung, während die übrigen Parteien nicht einheitlich stimmten. Für den Antrag stimmten je zwei Vertreter des Zentrums und der Demokraten.

Verschiedenes

Das Reichswehrunglück auf der Weser

Ueber den Hergang der Katastrophe, die sich gelegentlich einer Reichswehrübung auf der Weser in der Nähe von Belheim ereignete, wird noch gemeldet: Für die Ueberführung von Truppen über die Weser hatten Windener Pioniere eine Fähre gebaut, die aus 6 Pontons bestand, die mit einem Pohlenbelag versehen waren. Nachdem die Fähre bereits zweimal die Weser mit Truppen ungestört überquert hatte, begannen bei der dritten Ueberfahrt mitten im Strom die hinteren Pontons zu sinken und der Pohlenbelag riß auseinander. Ein Teil der 130 Mann, die sich auf der Fähre befanden, fiel ins Wasser, während sich die übrigen auf den noch schwimmenden Teil der Fähre retten konnten. Vom Ufer wurde sofort die Rettungsaktion mit Pontons eingeleitet und es gelang, etwa 80 Mann dem Strome zu entreißen. Die übrigen der feldmarschmäßig ausgerüsteten Infanteristen waren von der starken Strömung bereits stromabwärts getrieben worden. Wie viele von ihnen ertrunken sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Nach einer Meldung der „Post, Jg.“ sind bis jetzt 6 Leichen geborgen worden, während der „Volksanz.“ meldet, daß bisher 11 Tote festgestellt worden sind.

Geschäftliches

Hunderttausende Silvikin-Gebrandter

Berichten, daß die Silvikin-Gebrandter auch in verweirten Fällen von Haarschwund außerordentliches leisten. Sie enthält 14 Proz. Haarschwund und erzielt naturgemäße Schwefelwirkung. Verlangen Sie sofort kostenlos und portofrei vom Silvikin-Vertrieb G. m. b. H., Berlin SW 189/a Alexandrinenstraße 26 die Silvikin-Schriften nebst Silvikin-Schwamm zum käuflichen Besonderen Haarschwund.

Staatsanzeiger

An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und deren Aufsichtsbehörden.
 Nr. 38629. Steuerabzug vom Arbeitslohn.
 Nach § 39 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 20. Dezember 1923 (Reichsministerialblatt S. 2022) ist hinsichtlich der Abführung der einbehaltenen Lohnsteuerbeträge an die Kasse des Finanzamts bestimmt, daß die in der Zeit vom 1. bis zum 10. eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 15., die in der Zeit vom 11. bis zum 20. eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 25. dieses Monats und die in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 5. des folgenden Monats abzuführen sind. Diese Bestimmungen gelten auch für die öffentlichen Kassen.
 Auf genaue Einhaltung der vorgeschriebenen Abfuhrtermine ist zu achten. Der Herr Reichsfinanzminister macht darauf aufmerksam, daß bei Versäumnis in jedem Falle Verzugszuschläge erhoben und daß Anträge auf Erlaß dieser Zuschläge grundsätzlich ablehnend verbeschieden werden.
 Soweit zugelassen worden ist, daß an Stelle der Steuerbeträge Auerkenntnisse übersandt werden, müssen auch diese zu

den vorgeschriebenen Abfuhrterminen dem Finanzamt eingereicht werden.
 Karlsruhe, den 28. März 1925.
 Der Minister des Innern
 Kemmle

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
 Ernann:

Polizeipinspector Wilhelm Weinkauff zum Polizeioberinspektor, die Wachtmeister bzw. Notknechte Karl Geizmann in Konstanz, Heinrich Sadert in Radolfzell, August Grünwald in Eberlingen, Wilhelm Guth in Kenzingen, Josef Ulrich in Eberheim, Karl Schneider in Neustadt, Karl Bernhard in Gernsbach, Hermann Stek in Berthelm und Friedrich Wolf in Weinheim zu planmäßigen Gendarmeriewachtmeistern, Notknecht August Ross in Pforzheim zum planmäßigen Polizeiwachtmeister.

Befördert:
 Polizeihauptmann Emil Sattler von Karlsruhe zur Polizeidirektion Baden, Polizeioberinspektor Kraemer von der Polizeidirektion Baden zur Polizeischule in Karlsruhe, Verwaltungsobersekretär Friedrich Scheiter bei der Weib- und Pflanzanstalt Emmendingen zum Bezirksamts Pforzheim.

Zustizministerium
 Zugelassen als Rechtsanwältin.
 die Gerichtsassessorin Alfred Kunzmann beim Amtsgericht Lehr und Landgericht Offenburg, Dr. Guido Becker beim Amtsgericht Triberg und Landgericht Offenburg und Alfred Maier beim Landgericht Heidelberg.

Ernann:
 Gerichtsassessor Karl Eitemann zum Staatsanwalt in Offenburg, Justizassistent Max Dränert beim Amtsgericht Heidelberg zum Justizsekretär, sowie die Kanzleihilfen August Seeger bei der Staatsanwaltschaft Mosbach und Arnold Ebner beim Amtsgericht Waldshut zu Stangleistenden.

Befördert:
 Staatsanwalt Dr. Rudolf Straumann in Offenburg nach Freiburg.

Gestorben:
 Geh. Hofrat ord. Professor Dr. Felix Nachfahl an der Universität Freiburg.

Festhalle Karlsruhe
 Sonntag, den 5. April, vormittags 11¹/₂ Uhr
Volks-Sing-Akademie Mannheim e. V.
Das deutsche Volkslied
 a capella-Konzert für gemischten Chor
 circa 500 Damen und Herren unter Leitung von Prof. Arnold Schattschneider
 unter Mitwirkung der Bläservereinigung des Nationaltheater-Orchesters, der Herren Kammermusiker Rich. Lorbeer (Oboe), E. Schmidt (Klarinette), Max Schellenberger (Horn), Otto Lenzer (Fagott) und Prof. Schattschneider (Klavier). E 236
 Mozart, Quintett in Es-dur, Werk 452.
 Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.— zuzüglich Steuer in der Musikalienhandlung Kaiser- Ecke Waldstr.
Fritz Müller

51 Kronenstrasse 51
Kofferhaus Lämmle
 Aktenmappen, Schulranzen, Damentaschen, Coupékoffer, Berufstaschen, Reisekoffer.
 (E188) Beste Fabrikate.

Möbel
 kaufen Sie in bester Qualität zu billigen Preisen im
Möbelhaus Ernst Gooss
 Kreuzstr. 26. Lagerbestellung ohne Kaufzwang. E. 99

Ziehung 1. Klasse 17. u. 18. April 1925
Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie
 55000 Lose, 195000 Gewinne, 2 Prämien
 :: In 5 Klassen im Gesamtbetrag von ::
38 068 600 Mk.
 2000 000 Mk.
 1000 000 Mk.
 500 000 Mk.
 300 000 Mk.
 200 000 Mk.
 100 000 Mk. usw.
 Lose zu 3.— 6.— 12.— 24.— Mark für 1/8 1/4 1/2 1/1 Los pro Klasse oder 15.—, 30.—, 60.—, 120.— für alle 5 Klassen Doppelles 48.—, für alle 5 Klassen 240.— Mk.
Badischer Lotterie-Einnehmer Bernhard Goldfarb
 Karlsruhe, Kaiserstraße 131
 :: Ecke Herrenstraße, im Laden des ::
 Herren-Mode-Magazins Josef Goldfarb 186
 Postcheckkonto Karlsruhe 1705

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatratzen, an Private Bequeme Bedingungen. Katalog 78 R. frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Eugen von Steffelin
 Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261
Möbeltransport Lager :: Spedition

L. Dörflinger jr.
 Akademiestraße 63 — Telefon 197
Kohlen, Koks Briketts, Holz

Zum Osterfest!
 Niedrige Preise!
 Qualität!
 Große Auswahl!
 in
 Kostümen - Mänteln - Kleidern,
 Röcken - Kassaks - Westen usw.
Frau M. Eisenhardt
 Karlsruhe, Kaiserstraße, Ecke Adlerstr.

HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAUBUND MÖBEL AM RONDELLPLATZ
 ECKE ERB PRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
 KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 21
 MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
 PFORZHEIM-THATERSTRASSE 15
 FREIBURG-METZGERAU 6
 OFFENBURG-STEINSTR. 2
 MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Neu! Kreiselspielzeug Neu!
 Originelles Kinderspielzeug — D.R.P. 391528 — Es tanzen gleichzeitig 2 Kreisel
 Generalvertreter für In- und Ausland gesucht
Carl Graf, Freudenstadt (Wttbg.) Holzwarenfabrik, Tel. 232
 Lieferung feinsten handgemalter Andenkenartikel, wie Vasen und Dosen, Stopfen und Stoppfätze, Eierbecher, Serviettenringe usw., Hand- und Automaten-Massenartikel, Täferschindeln E. 220

Damen-Rad M. 55.—
 Herren-Rad M. 45.—
 Mädchen-Rad M. 55.—
 Knaben-Rad M. 60.—
 zu verk. durch d. Natl.-Anhalt Kreuzstr. 22 (Baden). E. 242

Harmonium
 2 Reg. Mark 238.—
 9 Reg. Mark 297.—
 13 Reg. Mark 411.—
 Zahlungsvereinfachung
 K Frankfurterstr. 948

Strickkleider
 Westen, Kostüme etc. in sol. und luftgewerblicher Ausführung nach Maß rasch u. billig. Eig. Mod. Parzer, Hauptstr. 23, III. Stod.

Wäsche
 wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandl. angen.
 Frau Branschweiler
 Bähringerstr. 82, II. Stod.

LANG
 Kaiserstr. 167 : Tel. 1073
 Salamander-Schuhhaus

Gebisse (Platin)
 kauft Frau Kath. Pfleger, Karlsruhe, Hirschstr. 31 III.

Staatslotterie
 Der einzige Weg, heute Millionär zu werden, ist ein Glücksversuch in der **Preuß.-Südd. Klassenlotterie**
 Höchstgewinne: **2 Millionen R.-M.**
 1 Million R.-M.
 500 000.— R.-M.
 300 000.— R.-M.
 200 000.— R.-M. usw.
 insgesamt über **38 Millionen Mark**. Jedes dritte Los ein Treffer. Ziehung der 1. Klasse **17. und 18. April 1925.**
 Lose zum Preise von
 1/1 1/2 1/4 1/8 Lose
24.— 12.— 6.— 3.— R.-M.
 sind zu haben bei
Zwerg vorm. Götz
 bad. Lotterie-Einnehmer E 231
 Hebelstr. 11 = Karlsruhe = Waldstr. 38
 Telefon 4828, Postscheckkonto 17808

Zur heiligen Kommunion empfiehlt
Uhren und Goldwaren
 äußerst billig
L. THEILACKER, Uhrmacher
 Hebelstraße 23, gegenüber Café Bauer. E 240

Bevor Sie
 Ihren Bedarf in **Betten einkaufen** besichtigen Sie erst mein Geschäft.
Großes Lager in: BETTSTELLEN
 lackiert, Matratzen, 3teilig mit Keil aus bestem Material hergestellt
Patent-Feder-Matratzen
 in verschiedenen Mustern. E183
 Kein Ladengeschäft. Allerbilligste Preise.
Gottfried Klettenheimer
 Markgrafenstr. 52, nächst d. Rondellplatz.

Im Neuanfertigen und Umarbeiten von
Stoppdecken u. Daunendecken
 empfiehlt sich
Paula Schneider
 Adlerstr. 5 Karlsruhe

Badisches Landestheater
 Donnerstag, den 2. April 1925
 Zu halben Preisen:
Jar und Zimmermann
 Komische Oper in drei Akten. Text und Musik von Albert Lortzing.
 Musik. Leitung: Gg. Hofmann.
 Spielleitung: Carl Stang.
 Personen:
 Peter der Erste Heiser
 Ivanow dan Bett Peter
 Marie Glas
 General Befort Meyer
 Lord Syndham Dr. Wucher
 pfeinig
 Marquis v. Chateaufort
 Witwe Bronn Josef-Lombr
 Ein Offizier Ralbach
 Ein Kutscher Kitan
 Anfang 7 Uhr
 Ende 1/10 Uhr
 Sperrst. I. Abt. M. 3.50.